

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. S. v. Hoffstetten und J. S. v. Schweiber.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (R. 1. 10. Sdb., R. 1. Herr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Cypres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

## Politischer Theil.

### Mundschau.

Berlin, 12. April.

Zwei Dinge sind es im gegenwärtigen Augenblicke in Deutschland, welche in der Habsburg-Hohenzollern'schen Haupt- und Staats-Aktion die Ereignisse des Tages bilden: die österreichische Antwort-Depeche und die fabelhafte preussische Bundesreform, deren bereits Erwähnung gethan wurde. Was erstere betrifft, so „trägt dieselbe“, nach der ministeriellen „Nordd. Allg. Ztg.“, „war nicht den ihr von Wiener Blättern beigelegten Charakter einer Sommation, spricht aber immerhin die Erwartung aus, daß die preussische Regierung sich veranlaßt sehen würde, ihre militärischen Maßregeln einzustellen, da ja von Seiten Oesterreichs eigentlich nichts vorliege, was dazu Veranlassung gegeben haben könnte; die militärischen Maßregeln Oesterreichs seien von geringer Bedeutung.“ Ferner meint die „Nordd. Allg. Ztg.“:

„Es wird somit nur darauf ankommen, daß man sich über den Begriff verständige, was Rüstungen von mehr oder minderer Bedeutung sind, und es scheint bei der Beharrlichkeit des Wiener Cabinets, als ob es nicht leicht sein werde, hierüber eine Verständigung zu erzielen. Jedenfalls werden diese Versicherungen Oesterreichs keinen großen Effect hervorbringen, am allerwenigsten den, die nothgedrungenen preussischen Vorbereitungen rückgängig zu machen.“

Also friedlich bewaffnet, nach wie vor.

Der „N. Ztg.“ wird von hier telegraphirt:

Der König genehmigte die vom Ministerrath redigirte Antwortnote auf die österreichische Sommation. Preußen weist die österreichische Forderung auf Zurücknahme der Mobilisierungsorde ab, weil seine Mobilisierung defensiva Natur sei, während Oesterreichs Rüstungen offensive Aggression bedeuten.

Ueber den Inhalt dieser angeblichen Antwort schreibt man dem gleichen Blatte:

Die österreichische Forderung bezüglich der Zurücknahme der in der preussischen Note vom 28. März angekündigten Rüstungsmaßregeln wird entschieden abgelehnt. Herr v. Bismarck betont mit scharfen Worten, daß gerade die Ablängung der österreichischen Rüstungen es gewesen, welche Preußen zu defensiven Kriegsvorbereitungen gezwungen, während diesseits kein Zweifel obwaltete, daß die Rüstungen Oesterreichs offenbarer Natur seien und aggressive Tendenzen in sich schließen. Die Note ist kurz gehalten und man zweifelt in officiellen Regionen nicht, daß sie ihren eigentlichen Zweck erfüllen werde.

Bezüglich der mythischen „Bundesreform“ verlautet bis jetzt, daß die preussische Regierung, wie zum Theil schon gemeldet, „eine Transaction der Re-

gierungen in Verbindung mit den Verhandlungen einer constituirenden Versammlung“, kurz, die Einberufung eines deutschen Parlamentes vorgeschlagen. Was die Modalitäten dabei anbetrifft, heißt es, so sei die preussische Regierung, wie von ihr schon bei vielfachen Gelegenheiten entwickelt worden, der Ueberzeugung, daß die zu berufende Versammlung nicht aus Delegationen, sondern auf Grund allgemeiner Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerungszahl bestehen müsse. Inzwischen sei es der Wunsch dieser Regierung, daß sofort Verhandlungen zwischen den Bundesmitgliedern über die nothwendigsten Vorlagen eröffnet werden. Indem man für diese einen bestimmten Kreis abgrenze, werde die Zeit bis zum Zusammentritt der Versammlung vollständig zu den nöthigen Vereinbarungen anzureichen. In der Bestimmung eines festen Termines zum Zusammentritt liege aber die Gewähr, daß die Verhandlung sich nicht wieder in's Ungewisse verlieren werde. Ein Näheres über die „allgemeinen Wahlen“ erfahren wir aus dem vom „Frankf. Journal“ mitgetheilten Bundestags-Protokoll. Es heißt nämlich in dem preussischen Antrage:

„Das allgemeine Stimmrecht aber muß für den im Auge gehaltenen Zweck und bei der Nothwendigkeit, die verschiedensten parlamentarischen Verhältnisse in einem Wahlmodus dienlich zu machen, als das allein Mögliche bezeichnet werden, und nimmt die königliche Regierung um so weniger Anstand, diese Form der Wahl in Vorschlag zu bringen, als sie dieselbe für das konservative Prinzip förderlicher erachtet, wie irgend einen anderen auf künstlichen Combinationen beruhenden Wahlmodus.“

Die näheren Bestimmungen für Ausführung der Wahl werden leicht anzunehmen sein, nachdem erst das allgemeine Prinzip der Wahlen festgestellt ist, und kann die königliche Regierung sich für jetzt darauf beschränken, in dieser Beziehung die Annahme der direkten Wahl und des allgemeinen Stimmrechts zu beantragen.

Was uns dabei hauptsächlich interessieren kann, sind gerade diese „näheren Bestimmungen“, die einer weiteren Verathung vorbehalten bleiben sollen. Wir vermüssen nämlich bei diesem Vorschlag des allgemeinen Stimmrechts das allerwichtigste Moment: die geheime Abstimmung, ohne welche das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht nur ein großer Schwindel ist, „für das konservative Prinzip förderlicher als irgend ein anderer auf künstlichen Combinationen beruhender Wahlmodus.“ Auch wird bereits von hier telegraphirt: „Wegen des Parlaments-Antrages scheint es sich zu bestätigen, daß das active Wahlrecht unbegrenzt, das passive dagegen wenigstens thatsächlich sehr beschränkt sein soll.“ — Ueber das Verhalten Oesterreichs gegenüber dem Reformvorschlag wird der „Köln. Ztg.“ von hier telegraphisch gemeldet: „Aus mittelstaatlichen und österreichischen Kreisen verlautet: Oesterreich werde sich dem preussischen Parlaments-Antrage nicht prinzipiell widersetzen, vorausgesetzt das Heranziehen österreichischer Lan-

destheile; dagegen werde Oesterreich die preussischen Forderungen und Vorschläge wegen der Concentrirung der norddeutschen Wehrkräfte unter Preussens Leitung bekämpfen.“ Die neueste preussische halb-offizielle „Provinzial-Correspondenz“ schreibt über den Reformvorschlag und über die Elberzogerthümerfrage:

Die preussische Regierung hat einen Bundesreform-Antrag mit dem vollen Bewußtsein schwerer Verantwortung und dem Willen einer kräftigen Durchführung des Reformwerkes gestellt. Sie rechnet auf die Hingebung des preussischen Volkes an den nationalen Beruf und auf den Eifer der nationalen Begeisterung Deutschlands. Die deutschen Regierungen werden sich den auf ihnen ruhenden Pflichten für das Gelingen der Aufgabe nicht ohne schwere Folgen entziehen können. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß mehrere der bedeutendsten sich Preußen anschließen werden. Mögen die patriotischen Männer Deutschlands ohne Partei-Rücksicht mit der preussischen und den gleichgesinnten Regierungen des deutschen Volkes alles Sehnen nach kräftiger Einigung erfüllen helfen. Es wäre ein Irrthum, zu glauben, die preussische Regierung schlage bei der Wiederaufnahme der deutschen Frage die Herzogthümer-Frage geringer an: die nahe Zukunft wird den Irrthum schwinden lassen.

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt bezüglich der Oesterreich zugeschriebenen Absicht, auf eine ungenügende Antwort Preussens einen Antrag auf Kriegsbereitschaft am Bunde zu stellen: „Sollte Oesterreich den Antrag wirklich stellen und der Bund ihn annehmen, so wäre damit der Krieg erklärt; wir können kaum glauben, daß Oesterreich und die deutschen Staaten so weit vorgehen werden.“ Warten wir vorerst ab, wie sich die verschiedenen Cabinette Deutschlands zu diesem „Bundesreformvorschlag“ stellen werden, der entweder nur ein Manöver ist, theils um die Situation noch einige Zeit in statu quo zu erhalten, theils um die Regierungen zu verwirren und sie untereinander zu entzweien, oder eine — im Falle des Gelingens — sehr practicable Annexion's-Käufesalle. Unter allen Umständen ist es, falls das Project zur Ausführung gelangt, die Aufgabe der deutschen Demokratie, das, was sie nicht verhindern kann, so gut wie möglich zu verwerthen und nicht durch nutzlose Resolutionen die Zeit zu vergeuden. Wie wir, die social-demokratische Partei, uns zu dieser Angelegenheit zu stellen haben, wird sich im Laufe der Entwicklung derselben bald ergeben. Aus dem mittelstaatlichen Lager vernimmt man übrigens, daß einige Regierungen — Bayern voran, welches nach dem militärischen Oberbefehl über die Triasgruppe längst schwächere — der Reform zugestimmt haben sollen.

Ueber die Haltung Frankreich's wird jetzt bekannt, daß die französische Diplomatie gesucht habe, den italienischen Staatsmännern nahe zu legen, daß ein Eingehen auf die Hohenzollern'schen Pläne ungleich weniger vortheilhaft für das Florentiner Cabinet sein werde, als eine vorsichtige Zurückhaltung, welche eine weise Benutzung der jeweiligen Umstände gestatte. Während man von Paris

aus an Florenz den Rath erteilte, sich nicht zu übereilen, da anderenfalls Habsburg sich auf einen Krieg wahrscheinlich gar nicht einlassen werde, soll man dem Fürsten Metternich die bündigsten Versicherungen gemacht haben, daß Habsburg sicher sein könne, in Venetien für den Kriegsfall mit Hohenzollern nicht bedroht zu werden. Gleichzeitig soll dem Grafen v. d. Goltz erklärt worden sein, daß Hohenzollern sich allein damit gedient sein könne, wenn Italien durch ein Observationscorps vor dem Festungsviereck des Habsburgischen Kabinet nöthige, eine bedeutende Truppenmacht zum Schutze desselben dort zu belassen, wodurch die zum Angriff verfügbaren Armeen natürlich eine angemessene Schwächung erleiden müßten. — Der Hohenzollern'sche Bundesreform-Vorschlag soll in den Kreisen der Regierung nichts weniger als überrascht haben. Die officiösen Blätter treten der neuen Wendung der Dinge gegenüber ziemlich zustimmend, wenn auch sehr vorsichtig, auf. Das von Herrn Drouyn de Lhuys inspirirte „Pays“ schreibt:

Man muß es anerkennen, daß Graf Bismarck eine glückliche Inspiration gehabt hat. Seine Idee, an die öffentliche Meinung einen Aufruf zu erlassen, muß seinem Reformprojecte alles das zusichern, was jenseits des Rheines für das neue, das nationale Recht gegen das göttliche Recht ist. Aber wie wird der Gedanke, eine Art von constituirender Versammlung zusammen zu berufen, von dem Bundestage aufgenommen werden? Es ist wahrscheinlich, daß er von Oesterreich im Keime erstickt werden wird. Die Bundesreform-Frage ist aber dann doch regelrecht aufgestellt, und vor dem Ernst derselben wird die Frage Betreffs der Erb-Verzögerung eine secundäre werden. Es handelt sich in der That nicht mehr darum, wer die Erb-Verzögerung bekommen wird, sondern darum, zu erfahren, wer das letzte Wort in Deutschland sprechen wird. Wer wird an die Spitze kommen, Preußen oder Oesterreich? Welche werden die Mittelstaaten sein, die ihre Selbstständigkeit verlieren, welche, die sie bewahren? Auf diese Fragen kann die Zukunft allein antworten; heute stellt sie aber Jedermann, und dieses wird noch mehr der Fall sein, wenn der österreichisch-preussische Conflict aus der Discussion herausgetrieben wird, um die letzte Phase zu betreten, wo die blutigen Spiele der Gewalt und des Zufalls allein entscheidend sind. Wir sind, Gott sei Dank, noch nicht da angekommen; aber der Ton der neuen österreichischen Note könnte uns plötzlich einer kriegerischen Entwicklung nahe bringen.

Wie Frankreich, das officielle Frankreich, sich dem Habsburg-Hohenzollern'schen Handel gegenüber naturgemäß verhalten muß, geht aus einer gut erfundenen Anekdote hervor, die man der „Köln. Ztg.“ mittheilt. „Dieser Tage“, so erzählt der Correspondent der „Köln. Ztg.“, „begab sich Limayrac vom „Constitutionnel“ zu Drouyn de Lhuys, um sich Verhaltungsregeln über die Richtung seines Blattes zu holen. Er versuchte, wahrscheinlich, um sich in Unschuld zu waschen, dabei „einen seiner Redacteurs“ als voreingenommen darzustellen, indem er zugleich seine Unzufriedenheit mit der Haltung desselben bezeugte. Drouyn soll darauf erwidert haben: „Sie wissen, unsere Politik zwischen Oesterreich und Preußen beschränkt sich auf das, was man mit zwei Händen thut, die sich um einen Knochen streiten. Man ruft: „sks! sks!! sks!!!“ Eine Aeußerung, die von der entsprechenden Handbewegung begleitet war.“

In der **Donaufürstenthümer**-Frage brachte die „Patrie“ die wichtige Nachricht, daß die Censur wahrscheinlich die nächste Sitzung erst dann abhalten wird, wenn in Rumänien die Kammerwahlen stattgefunden haben werden. Wenn sich dies bestätigen sollte, so dürfte darin ein neues Zeichen zu erblicken sein, daß die conferirenden Mächte, in sich davon entfernt, eine Verständigung über die Hauptfragen zu erzielen, die Wünsche der Bevölkerung zu hören wünschen. — Aus Bucharest wird gemeldet, daß daselbst schon seit 14 Tagen das Gerücht verbreitet sei, daß die rumänische Bevölkerung die Absicht habe, gegen die Juden eine Razzia anzustellen. Die letzteren, dadurch beunruhigt, hätten sich bereits mehrfach um Schutz an die Consulate gewendet; doch habe der Polizeipräsident von Bucharest die Versicherung gegeben, daß das Gerücht jeder Begründung entbehre und nur von einzelnen Unruhstiftern in die Welt gesetzt sei, um die Gemüther aufzuregen und die Juraeliten zu beunruhigen.

In **England** gelangt heute im Unterhause die Reformbill zur zweiten Lesung (s. das Nähere in der zeh. -Correspondenz). Eine Versammlung der liberalen Partei bei Lord Russell beschloß fast einstimmig, die Reformbill zu unterstützen. Lord Russell erklärte, die Regierung werde auch mit der zweiten Abtheilung ihrer Reformpläne stehen und fallen. Seine Aeußerungen machten einen vortrefflichen Eindruck.

In **Belgien** ist das Abgeordnetenhaus am 10. April wieder zusammengetreten. Lange wird die Session nicht mehr währen und die Wahlreform bleibt jedenfalls bis nach den Neuwahlen im Juni vertagt. — Ein großes Arbeiter-Meeting, das am Ostermontag in Brüssel abgehalten worden ist, soll sich „mit einer nicht eben erklecklichen Mehrheit“ für Einführung des allgemeinen Stimmrechts erklärt haben.

Aus **Italien** wird von einer Rede Victor Emanuel's berichtet, welche er in Mailand gehalten hat. Die „Italia“ urtheilt darüber, „daß dieselbe zwar nicht als eine kriegerische anzusehen, wohl aber der Art sei, daß sie zu den größten Hoffnungen auf Venetiens Befreiung Grund giebt. Der Eindruck, den die Zuhörer erhielten, deutet an, daß eine wichtige Combination im Werke ist, aus der eventuell Krieg oder Frieden hervorgehen müßte, doch die so oder so zur Erlösung der noch unter österreichischer Fremdherrschaft schmachenden italienischen Landestheile führen dürfte.“ Da die Rede ihrem Wortlaute nach noch nicht vorliegt, so läßt sich darüber kein Urtheil fällen. — Aus **Rom**, vom 4. d. M., wird mitgetheilt, daß der Paps in Erwiderung einer ihm von dem Herzoge von Kohan überreichten Adresse von 400 Franzosen seine Erkenntlichkeit für den Beistand, den ihm Frankreich stets gegeben, ausdrückte. — Die Universität zu Neapel ist infolge einer von den Studenten der Medicin gegen das neue Universitäts-Reglement ausgeführten Demonstration geschlossen worden. — Der Prinz Napoleon ist am 9. April in Neapel eingetroffen. — Die Florentiner Journale vom 10. April melden, daß zwischen dem Finanz-Minister Scialoja und der Finanz-Commission der Deputirtenkammer infolge gegenseitiger Concessionen eine Einigung zu Stande gekommen ist. Man glaubt, daß die Resolutionen der Commission von der Kammer einstimmig angenommen werden.

In **Dänemark** wurde in der Abend Sitzung vom 10. April des Reichraths-Folkethings die Schlussberatung des Militärbudgets fortgesetzt. Alle Abänderungs-Vorschläge des Kriegsministers, welche die Erhaltung der bisherigen Kriegsstärke der Armee bezweckten, wurden verworfen. Eine Modification dieses Beschlusses seitens des Landsthings ist jedoch wahrscheinlich. — Der Reichraths-Folkething bewilligte in seiner heutigen Abend Sitzung auf Antrag des Kriegsministers 100,000 Reichsthaler zur Anschaffung neuer Infanteriegewehre. — „Berlingske Tidende“ tadelt das Auftreten des Folkethings gegen die Vorschläge des Kriegsministers unter den jetzigen kriegerischen Verhältnissen scharf, und sagt: „Es ist eben so Verkennung unserer Stellung, zu glauben, wir wären zum positiven Auftreten berufen, als es unverantwortlich ist, eine solche Stellung einzunehmen, als ob Dänemarks Existenz jetzt und künftig bloß auf Gleichgültigkeit und der Toleranz des Auslandes beruhe. Dänemark darf sich nicht selbst aufgeben.“

In **Schweden** ist ein Antrag Dahlmann's, daß der König nicht ohne Einwilligung des Reichstages regierender Fürst eines fremden Staates werden könne, von allen vier Ständen der kommenden Landesvertretung zur Entscheidung anheimgestellt worden. — Die schwedischen Blätter bringen schreckliche Schilderungen von der Hungersnoth, welche in den Lappmarken herrscht. Das Viehfutter und auch die Nahrungsmittel für die Menschen fehlen.

**Rußlands** Rüstungen, schreibt die „Drom. Ztg.“, nehmen, obgleich sie so geheim wie möglich gehalten werden, täglich größere Dimensionen an. Von allen Landstraßen gelangen fast täglich große Rekrutensüge hier an, um sofort zu den Regimentern nach der polnischen und galizischen Grenze geschickt zu werden. Täglich langen mit der Warschau-Petersburger Bahn in Praga

Geschüßsendungen an. Es sind zum größten Theil ganz neue gezogene Kanonen von größerem und kleinerem Kaliber. Sie werden in Praga mit größter Heimlichkeit abgeladen und dann sofort weiter transportirt. Sie sind die Vorläufer großer russischer Truppenkörper, welche, tief aus dem Innern kommend, die russischen Heerstraßen bedecken. Auf den meisten Bahnhöfen stehen besondere Militärzüge, welche zur Aufnahme der Truppen bestimmt sind. Daß Rußland mit Preußen gemeinschaftliche Sache gegen Oesterreich machen wird, gilt hier als ausgemacht; man hofft jedoch gleichwohl noch immer auf die Erhaltung des Friedens. Die russischen Soldaten selbst sind ebenfalls von einem Bündnisse mit Preußen überzeugt und sehen dem Augenblicke der Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, mit Ungebuld entgegen. — Von der polnischen Gränze wird der „Ostsee-Ztg.“ geschrieben: „Überall, in Volhynien, wie im Königreich Polen, gibt sich unter dem russischen Militair eine große Kriegsbegeisterung gegen Oesterreich kund. In höheren militairischen Kreisen in Warschau erwartet man sogar, daß Rußland im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen die Provinz Polen besetzen werde, um Preußen von dieser Seite den Rücken frei zu halten. Doch dürfte diese Erwartung schwerlich in Erfüllung gehen. Wahrscheinlicher ist es, daß Rußland im Falle eines Krieges zwischen den beiden deutschen Großmächten eine Bewegung der Polen zu Gunsten Oesterreichs befrachtet und in der Voraussicht derselben die nöthigen militairischen Vorkehrungen trifft. Auch dürfte die russische Regierung eine starke Reizung in sich fühlen, den stammverwandten Ruthenen in Galizien, welche die österreichische Regierung Wiene macht, dem polnischen Adel preiszugeben, bei günstiger Gelegenheit bewaffnete Hilfe zu bringen.“

Aus **Amerika**, aus **Mexiko** reichen die Nachrichten des neuen französischen Postdampfers bis zum 10. v. M. Kaiser Max hat — aus Sparsamkeitsrücksichten, wie es heißt — eine wesentliche Umgestaltung seines Kabinet's vorgenommen. Die Ministerdepartements sind auf sechs reducirt, das Staatsministerium ist mit dem des Innern und das Ministerium des Cultus und Unterrichts mit dem Justizministerium vereinigt worden. Ueber die Verhandlungen zwischen dem Kaiser Max und dem Baron Saillard wegen des Abzuges der französischen Truppen schweigen die mexikanischen Correspondenten des „Moniteur“ vollständig. In Paris glaubt man jetzt, daß Kaiser Max sich zu nichts hat verstehen lassen, und Napoleon die Räumung und deren Fristen auf eigene Hand und ohne Wissen seines Klienten festgesetzt hat. — Im spanisch-chilenischen Kriege haben sich nunmehr nachsehende südamerikanische Republiken gegen Spanien verbündet: Peru, Chile, Bolivia, Ecuador, Venezuela und Neugranada. — Aus New-York vom 31. März meldet „Reuter's Office“: Das Repräsentantenhaus hat den Antrag Stevens, den Baumwollenerport zu besteuern, verworfen. Es ist Befehl zur Auflösung aller Freiwilligencorps in Kanada erteilt worden.

**Deutschland.**

**Berlin**, 12. April. [Ueber die verdächtige Haltung der Mittelstaaten] und die von Oesterreich einzunehmende Position zu derselben macht die österreichische Wiener „Presse“ einige charakteristische Aeußerungen, in denen sie sagt: Wenn man aus der bundestrennen Fassung der bisher bekannt gewordenen Antworten den Schluss ziehen wollte, daß diese Kabinette in einem Kampfe für Oesterreich unbedingt Partei nehmen würden, so wäre dieser Schluss zum Mindesten sehr vorsichtig. Oesterreich, welches sich durch die Rechberg'sche Postill und durch sein Vorgehen in Schleswig-Holstein außerhalb des Bundesrechtes gestellt hat, muß rüchhaltlos zum Bunde zurückgekehrt sein, ehe es auf dessen Unterstützung zählen kann. Auch dann dürfte man sich noch nicht schmeicheln, daß der preussische Einfluß, noch jüngst so übermächtig in zahlreichen Residenzen Kleindeutschlands, und nur um so mächtiger, je strammer, militairischer, retrograder das Regiment in Preußen selbst sich gestaltete — daß dieser Einfluß unpöblich verschwinden sei? Es hiesse wahrlich sich Illusionen hingeben, wollte man dem preussischen Kabinette jede Sympathie in allen deutschen Staaten abprechen. Wir verweisen auch in dieser Richtung auf die Lage